



Resolution der CVP Basel-Stadt

Forderungen und Ideen für eine Gesellschaft in und nach der Corona-Krise

Für die Baslerinnen und Basler begann es mit der überraschenden Absage der Fasnacht im März 2020. Die Corona-Krise wird die Welt und damit die Art und Weise, wie unsere Gesellschaft funktioniert, nachhaltig verändern. Die damit verbundenen Herausforderungen für die Schweiz und für Basel sind neu und bergen viele Unsicherheiten. Die Auswirkungen dieser Krise werden uns noch lange beschäftigen und für manche sogar lebensverändernd sein.

Das Vertrauen der Regierung in die Bevölkerung hat sich zum Ersten bewährt: die Kurve konnte flach gehalten und eine Überlastung des Gesundheitssystems vermieden werden. Aktuell gilt: «Weiter so!». Jede und jeder freut sich über die Lockerungen in den nächsten Wochen und ein Rückgang zur Normalität wird immer mehr zur Realität. Es ist aber nach wie vor zentral, dass die Hygiene- und Abstandsmassnahmen eingehalten werden.

Die Basler CVP unterstützt die Strategie des Bundesrates und der Basler Regierung zum Lockerungsverfahren. Es ist für die Rückkehr zur Normalität wichtig, dass nun Schulen wieder öffnen und gewisse Branchen ihre Arbeit mit Schutzkonzepten wieder aufnehmen können. Dabei ist die Partei der Meinung, dass ein engmaschiges Monitoring der epidemiologischen Entwicklung im Folgenden entscheidend ist, damit allfällige Gegenmassnahmen akkurat und frühzeitig beschlossen werden können. In diesem Sinne kann die freiwillige Proximity-Tracing-App des Bundes wichtige Informationen erfassen, vermitteln und so die Bevölkerung weitgehend schützen.

Die Abwägung zwischen den gesundheitspolitischen Notwendigkeiten und der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Tragbarkeit bleibt die Aufgabe der Regierung in Zusammenarbeit mit Experten. Um aber die Auswirkungen der Krise nachhaltig zu überwinden, sind politische Entscheide für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft nötig. Extreme ideologische Forderungen werden der Schweiz auch in Zukunft in keiner Krise helfen. Die Basler CVP präsentiert ihre konstruktiven Forderungen und Ideen für den Zusammenhalt in und nach der Corona-Krise.

- **Einsatz anerkennen, unabdingbare Leistungsträger entlasten und die Wirtschaft retten:**
 - Das **starke Gesundheitssystem** in Basel konnte jederzeit die Oberhand behalten und durch rasches Handeln alle Patienten und Patientinnen bedarfsgerecht behandeln und pflegen. Das muss auch weiterhin möglich sein und **die Spitäler und Pflegeheime** sollten nicht auf den pandemiebedingten Mehrkosten sitzen bleiben. Die Basler CVP fordert eine Entschädigung dieser gemeinwirtschaftlichen Leistungen.
 - Das Gesundheitsfachpersonal und die **Arbeitskräfte in der Grundversorgung** leisten grosse Arbeit während der Krise. Die Arbeitsbedingungen dieser Branchen müssen unter die Lupe genommen werden und in Zukunft ihre angemessene Wertschätzung – auch finanziell – erhalten.
 - **Kinderbetreuungsstätten** sind nicht nur in der ausserordentlichen Lage wichtig für das Funktionieren unserer Gesellschaft und sind somit systemrelevant. Der Kanton soll sie jetzt finanziell unterstützen, damit diese Strukturen auch in Zukunft Bestand haben.
 - Das **Gewerbe** leidet unter den Restriktionen stark und muss unbedingt vom Staat unterstützt werden. Die CVP erwartet unbürokratisches Entgegenkommen der Regierung. Es sollen **keine administrativen Hürden** im Weg stehen, damit das Gewerbe sich zeitnah erholen kann.

Resolution der CVP Basel-Stadt

- **Bestehende Systeme, die sich während der Corona-Krise bewährt haben, aufrechterhalten:**
 - Mit 3200 Angehörigen unterstützt die **Armee** seit Anfang März das Gesundheitswesen und die Sicherheitskräfte an der Landesgrenze. Ohne diese wertvolle Unterstützung wäre die Krise ganz anders verlaufen. So sollte auch in Zukunft die Armee einsatzbereit bleiben können und die dafür nötigen Finanzmittel des Staates erhalten.
 - Die Zusammenarbeit mit unseren **europäischen Nachbarn** im Dreiland hat sich im Bereich der Versorgung mit wichtigen Materialien bewährt. Ohne internationalen Austausch käme Basel schwieriger an die nötigen Hilfsmittel. Zudem sind geschlossene Grenzen und verstärkte Kontrollen in unserem Dreiländereck nicht längerfristig anhaltend erwünscht. Die **Zusammenarbeit** mit den Nachbarn und die offenen Grenzen müssen in Zukunft gewährleistet sein.

- **Die nötigen Massnahmen jetzt ergreifen, damit Basel auch auf zukünftige Krisen vorbereitet ist:**
 - Die Corona-Krise hat die Schwächen unserer Region aufgezeigt. Durch die ausgeprägte Globalisierung sind Wirtschaft und Gesundheitsversorgung in Basel stark vom Ausland abhängig. Als Region mit starker Pharmaindustrie und einem Universitätsspital muss der Kanton im Krisenfall **Versorgungssicherheit** – auch bezüglich Gesundheitspersonal – garantieren können.
 - Durch das plötzliche Home-Office und die Schliessung der Schulen wurde die Bevölkerung dazu gezwungen, sich rasch mit der **Digitalisierung** auseinanderzusetzen. Dank dieser konnten zahlreiche Branchen weiterarbeiten. Die Förderung der Digitalisierung und die **Datensicherheit** sind in allen Branchen voranzutreiben. Die Wirtschaft muss sich anpassen, die Politik muss arbeiten und Entscheidungen der Exekutive kritisch beobachten können. Die Schulen müssen im Notfall so einfach wie möglich auf Fernunterricht umsteigen können. Zudem muss auch in der Gesundheitsversorgung mithilfe des **elektronischen Patientendossiers** der effiziente Austausch der Daten vorangetrieben werden. Hierzu fordert die Basler CVP eine nachhaltige Strategie der Regierung.
 - Künftige **Grenzschliessungen** dürfen nur nach Konsultation der Grenzkantone erfolgen. Die abrupte Grenzschliessung führte in der Region zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen. Dass dadurch beispielsweise Paare getrennt oder die Gemeinde Leymen von der Region abgeschnitten wurde, zeigt, dass dem Bund die regionalen Verhältnisse zu wenig bewusst waren. Die CVP fordert, dass vor künftigen Grenzschliessungen zwingend die Regierungen der Grenzkantone angehört werden müssen und auf diese eng verzahnten Lebenswirklichkeiten sensibler Rücksicht genommen wird. Es kann nicht angehen, dass gerade diejenigen Regionen, welche in den letzten Jahren am erfolgreichsten die Überwindung von Grenzen vorangetrieben haben, unter undifferenzierten Massnahmen unnötig stark zu leiden haben.
 - Wie in den Unternehmen hat die Krise auch beim Kanton schonungslos zutage geführt, welche Aufgaben und erbrachten Leistungen unabdingbar sind und auf welche getrost verzichtet werden kann (z.B. staatliche Kompostberater, staatliche Velopumpen etc.). Die CVP fordert, dass der Regierungsrat bei der nächsten generellen **Aufgabenprüfung** anhand der Erfahrungen aus der Krise transparent und schonungslos aufzeigt, auf welche Leistungen verzichtet werden kann, ohne Einschränkungen der Bevölkerung herbeizuführen.